

Antrag der Fraktion der CDU**Grundversorgung von Flüchtlingen nach dem Sachleistungsprinzip verbessern:
Internetzugänge und Nahverkehrsnutzung ermöglichen!**

Die meisten Flüchtlinge, die derzeit in Bremen ankommen, haben Freunde und Verwandte in der Heimat zurückgelassen, mit denen sie kommunizieren möchten. Sie versuchen zudem, Informationen aus den Heimatländern zu erhalten. Da die Flüchtlingsunterkünfte in Bremen in der Regel nicht über einen Internetanschluss verfügen, geben sie einen Großteil ihres Taschengeldes, das sie nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, für die Nutzung von Datenpaketen aus oder müssen sich in der Nähe von oder in Geschäften oder Cafés, wo ein Internetzugang verfügbar ist, aufhalten, um die mobilen Möglichkeiten zu nutzen. Bis auf Bundesebene Rechtssicherheit bezüglich freier WLAN-Zugänge geschaffen wird, worauf Bremen hinwirken muss, sollte z. B. durch die Vergabe von Benutzertickets ein Internetzugang in allen Flüchtlingseinrichtungen gewährleistet sein. Die Kosten dafür sind überschaubar und die Finanzierung kann im Rahmen des Sachleistungsprinzips für einen sehr geringen Betrag pro Person erfolgen. Beim Gipfeltreffen der Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin wurde am 24. September 2015 beschlossen das Sachleistungsprinzip für Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen und gegebenenfalls auch in anderen Gemeinschaftsunterkünften zu stärken.

Um die Integration und das Ankommen in Bremen und Bremerhaven von Beginn an zu erleichtern und den Flüchtlingen, die zunächst Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, die Möglichkeit zu geben, ihre neue Heimat kennenzulernen, ist zudem die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs unerlässlich. Dadurch wird der Besuch von Ämtern, Ärzten, Bildungs- und Kulturangeboten und Freunden und Bekannten möglich. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der Tatsache, dass das Schwarzfahren von Flüchtlingen in den Wohneinrichtungen als eines der dringlichsten Probleme beschrieben wird, ist es dringend geboten, auch an dieser Stelle nachzubessern und ebenfalls im Rahmen des Sachleistungsprinzips allen Flüchtlingen ein Ticket zur Verfügung zu stellen, das günstiger ist, als das bestehende Stadtticket. Andere Kommunen ermöglichen die unkomplizierte Nutzung des Nahverkehrs für Flüchtlinge bereits.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Übergangswohnheimen des Landes Bremen schnellstmöglich im Rahmen des Sachleistungsprinzips WLAN zur Verfügung zu stellen und bis dahin unverzüglich eine tragfähige (Übergangs-) Lösung für die Internetnutzung für Flüchtlinge in Wohnheimen zu schaffen.
2. mit den Verkehrsbetrieben in Bremen und Bremerhaven Verhandlungen mit dem Ziel einer Beförderungsmöglichkeit im Zuge des Sachleistungsprinzips für Flüchtlinge, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, aufzunehmen.

Sigrid Grönert, Dr. Thomas vom Bruch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU